

NIEDERSCHRIFT

über die **17.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **25.05.2022**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:09 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Frau Barbara Brand
3. Herr Sven Ladeck
4. Herr Bertram Graf von Nesselrode
5. Frau Katharina Reinhold
6. Herr Wolfgang Wappenschmidt
7. Herr Thomas Welter

• SPD-Fraktion

8. Herr Udo Bartsch
9. Frau Doris Hugo-Wissemann
10. Herr Reinhard Rehse
11. Herr Rainer Thiel

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

12. Herr Elias Aaron Ackburally

13. Herr Hans Christian Markert
14. Frau Angela Stein-Ulrich

- **FDP-Fraktion**

15. Herr Dirk Rosellen

- **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/
Deutsche Zentrumspartei**

16. Herr Carsten Thiel

- **AfD-Fraktion**

17. Herr Dirk Helmut Kranefuss

- **Gäste**

18. Frau Monika Zimmermann

- **Verwaltung**

19. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
20. Herr Elmar Hennecke
21. Herr Benjamin Josephs
22. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
23. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
24. Herr Dezernent Martin Stiller

- **Schriftführerin**

25. Frau Janine Conrads

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	5
2.1.	Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit vom 15.02.2022.....	5
2.2.	Ausschuss für Soziales und Wohnen vom 01.03.2022.....	5
2.3.	Ausschuss für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing vom 03.05.2022.....	5
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	6
4.	Strukturwandel, Baunkohlenplanung und Energiewirtschaft Stand: April/Mai 2022 Vorlage: 61/1336/XVII/2022.....	6
5.	Regionalarbeit Stand: April/Mai 2022 Vorlage: 61/1335/XVII/2022.....	6
6.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Mai 2022) Vorlage: ZS5/1367/XVII/2022.....	7
7.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1360/XVII/2022.....	7
8.	COVID-19: Aktuelle Situation im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 013/1401/XVII/2022.....	9
9.	Tischvorlage: Beschlussvorlage Förderprogramm Vereine Ukraine Flüchtlinge Vorlage: 52/1420/XVII/2022.....	9
10.	Anträge.....	10
10.1.	Antrag der Fraktionen von SPD/Bündnis 90/Die Grünen „Verwendung von klimafreundlicherem Beton etablieren“ Vorlage: VI/1388/XVII/2022.....	10
11.	Mitteilungen.....	12
12.	Anfragen.....	13
12.1.	Tischvorlage: Anfrage der Fraktionen von CDU, FDP UWG/Freie Wähler-Zentrum "Aktueller Sachstandsbericht zur Situation des Naturdenkmals Liedberger Haag" Vorlage: 68/1428/XVII/2022.....	13

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten wurden folgende Tischvorlagen zur Verfügung gestellt:

Top 9 Ö „Beschlussvorlage Förderprogramm Vereine Ukraine Flüchtlinge“	- Vorlage der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/>
Zu Top 12 Ö „Anfragen“	- Anfrage der Fraktionen von CDU, FDP UWG/Freie Wähler-Zentrum "Aktueller Sachstandsbericht zur Situation des Naturdenkmals Liedberger Haag" <input checked="" type="checkbox"/>
Zu Top 4.1 nÖ „Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema "Klimaneutrale Krankenhäuser" vom 16.05.2022“	- Vorlage der Verwaltung
Zu Top 6 nÖ „Auftragsvergaben“	6.3. Kulturzentrum des Rhein-Kreises Neuss in Dormagen-Zons, Schloßstraße 1, 41541 Dormagen, Los 1 Gartenlandschaftsbauarbeiten und Los 2 Vegetationstechnik 6.4. Verwaltungshochhaus, Lindenstr. 10, 41515 Grevenbroich, Erneuerung der Trafostation, Vergabe-Nr.: ST 22025 6.5.BTI Berufskolleg für Technik und Informatik, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss, Erneuerung Schließanlage und Beschlagsarbeiten, Vergabe-Nr.: ST 22028

Die mit versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit vom 15.02.2022

Protokoll:

Kreisdirektor Dirk Brügge berichtete, dass durch einen interfraktionellen Antrag aus der Sitzung am 19.05.2022 die Verwaltung aufgefordert wurde, sich an den Wirtschaftsminister zu wenden, um das Tiefengeothermie-Potenzial für die Stromerzeugung im Rhein-Kreis Neuss zu ermitteln. Zwischenzeitlich liege die Antwort des Wirtschaftsministers mit der Empfehlung einen Antrag für das Förderprogramm „Revier gestalten“ zu stellen, vor.

KA/20220525/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Strukturwandel und Arbeit vom 15.02.2022 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Ausschuss für Soziales und Wohnen vom 01.03.2022

KA/20220525/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Soziales und Wohnen vom 01.03.2022 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Ausschuss für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing vom 03.05.2022

KA/20220525/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing vom 03.05.2022 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

Protokoll:

Es lagen keine Niederschriften zur Kenntnisnahme vor.

4. Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft

Stand: April/Mai 2022

Vorlage: 61/1336/XVII/2022

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte, dass ihn heute ein Schreiben der Landesverkehrsministerin Brandes zur Revier S-Bahn erreicht habe (s. **Anlage**). In dem Schreiben würden die aktuellen Planungen dargelegt. Er persönlich, teile nicht die Auffassung der Ministerin, dass es bei dem Bau der S-Bahn nicht auf die Wirtschaftlichkeit ankomme. Der Bau solle die Ansiedlung von Industrie und Bevölkerung erst begünstigen. Er werde dies in einem Schreiben an die Landesverkehrsministerin klarstellen und habe die Bitte an die Abgeordneten, diese Auffassung ebenfalls nach außen zu vertreten. Des Weiteren sei er der Ansicht, dass eine schnelle und möglichst gerade Trassenverbindung zwischen Düsseldorf und Aachen, die auch für Güterverkehr zugänglich sein sollte, geschaffen werden muss.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel unterstützte die Aussage des Landrates und appellierte besonders an die streckenanliegenden Kommunen, intensiv für das Projekt zu werben.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke merkte hingegen an, dass die 15-minütige Taktung der Zugverbindung von Düsseldorf bis Bedburg für den Kreis erfreulich sei und eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand darstellen würde.

KA/20220525/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss berät die Vorlage und nimmt diese zur Kenntnis.

5. Regionalarbeit

Stand: April/Mai 2022

Vorlage: 61/1335/XVII/2022

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte auf Bitten von Kreistagsabgeordneten Carsten Thiel mit, dass für zukünftige Delegiertenversammlung der Metropolregion Rheinland eine Vorbesprechung zwischen den Delegierten des Kreises stattfinden werde.

KA/20220525/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss berät die Vorlage und nimmt diese zur Kenntnis.

6. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Mai 2022)**Vorlage: ZS5/1367/XVII/2022****Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke zeigte sich erfreut über die geringe Jugendarbeitslosigkeit im Rhein-Kreis Neuss. Dennoch sollten die wenigen arbeitslosen Jugendlichen möglichst an freie Ausbildungsplätze im Kreis vermittelt werden.

KA/20220525/Ö6**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand Mai 2022) zur Kenntnis.

7. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften**Vorlage: 50/1360/XVII/2022****Protokoll:**

Kreisdirektor Dirk Brügge berichtete, dass der Rechtskreiswechsel der Ukraine-Flüchtlinge aus dem Asylbewerberleistungsgesetz in das SGB-II zum 01.06.2022 erfolgen solle. Der Übergang bringe einige Herausforderungen mit sich. Zum einen gebe es keine Datenschnittstelle zwischen dem Programm der Ausländerbehörden und dem Jobcenter. Deswegen würden aktuell die Asylbewerberleistungsanträge per Scan an das Jobcenter übermittelt und dort manuell im Programm erfasst. Der Rhein-Kreis Neuss habe dazu dem Jobcenter bis zu sechs Vollzeitäquivalente zur Verfügung gestellt. Eine weitere Herausforderung stelle die Veröffentlichung des Gesetzes im Bundesgesetzblatt zum 27.05.2022 dar. Wenn erst bei der Veröffentlichung die Zahlungen angewiesen würden, werden die benötigten Zahlungen nicht rechtzeitig bei den Betroffenen eingehen. Nach einer heutigen Weisung der Bundesagentur sei eine Zahlungsanweisung vor Verkündung des Gesetzes erlaubt worden. Problematisch sei darüber hinaus die Regelung zur Kostenübernahme der Verpflegung der Flüchtlinge in den Sammelunterkünften. Bis zum Jahr 2018 habe das Jobcenter mittels Gesetz die Möglichkeit gehabt, die Cateringkosten den Kommunen zu erstatten. Aufgrund dessen seien die kommunalen Spitzenverbände an den Bund herangetreten, um den Paragraphen wieder einzuführen. Dem sei der Bund nicht nachgekommen. Folglich werde der Anteil für Ernährung am Regelsatz von rund 160 € dafür aufgebracht werden müssen. Die Kosten der Kommunen würden diesen Satz in der Regel übersteigen, sodass eine anderweitige Regelung gefunden werden müsse. Eine Abrechnung über die Kosten der Unterkunft sei rechtswidrig und würde die Bundeserstattung der Kosten der Unterkunft gefährden. Der Kreis werde darüber hinaus die Kosten für den Bereich SGB XII drittes Kapitel alleine tragen müssen. Das Kapitel umfasse insbesondere Flüchtlinge, die nach ukrainischem Recht, aber nicht nach deutschem Recht, den Rettungsstatus erworben haben. Der Kreis rechne in dem Bereich mit monatlichen Kosten in Höhe von 140.000 €. Ebenso müssten die Krankenkosten für Flüchtlinge, die nach dem SGB XII, viertes

Kapitel, das Renteneintrittsalter erreicht haben, vom Kreis übernommen werden. Die Kosten würden nicht der Bundeserstattung unterliegen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass der Kreis in der ersten Tranche vom Bund 1 Mio. € erhalten habe.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch erkundigte sich, wie viele Flüchtlinge aktuell im Rhein-Kreis Neuss seien und ob es Erkenntnisse über die Suche nach Wohnungen am Wohnungsmarkt gebe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, es seien rund 4.000 Flüchtlinge im Rhein-Kreis Neuss gemeldet, zu denen sicherlich noch einige nicht gemeldete Flüchtlinge aus privaten Haushalten gezählt werden müssten. Weiter führte er aus, dass anders als medial dargestellt, nur wenige Flüchtlinge aktuell in die Ukraine zurückkehren. Soweit die Zahl bekannt sei, werde sie dem Protokoll beigefügt. Auf dem Wohnungsmarkt würden allerdings kaum Wohnungen zur Verfügung stehen.

Anmerkung der Verwaltung:

37 Personen aus der Ukraine sind aus der Bundesrepublik Deutschland ausgereist. Davon sind 26 Personen in die Ukraine zurückgekehrt.

3. stellvertretende Landrätin Angela Stein-Ulrich meinte, dass die Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz zum Beginn eines Monats und die SGB-II-Leistungen zum Ende eines Monats ausgezahlt werden. Sie fragte, wie ein lückenloser Zahlungsübergang geschaffen werde und ob die Kosten der Unterkunft weiterhin über das Jobcenter beantragt werden müssten.

Kreisdirektor Dirk Brügge führte an, dass die Auszahlungen seitens des Jobcenters heute angestoßen wurden. Das Verfahren zum Übergang in das SGB-II-System beim Jobcenter sei gleichzusetzen mit dem Verfahren einer Neuaufnahme bei Inanspruchnahme von SGB-II-Leistungen. Die Erstattung zwischen Bund, Jobcenter und Kreis sei davon unberührt.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Thomas Welter, ob Bürgermeister Lierenfeld sich zu Unrecht aufgeregt habe, dass der Kreis Mittel erhält, obwohl er nichts zahlt und der Kreis nun doch zahlen müsse, antwortete Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass weitere Tranchen nach der Anzahl der gemeldeten Flüchtlinge berechnet und innerhalb der Kreisgemeinschaft aufgeteilt würden. Die Städte Dormagen und Kaarst hätten über den Zuweisungsschlüssel hinaus, mehr Flüchtlinge aufgenommen, sodass den Städten ein höherer Anteil zusteht. Mit der Tranche müssten aber auch die Kosten für die PIK-Station abgedeckt werden.

KA/20220525/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

8. COVID-19: Aktuelle Situation im Rhein-Kreis Neuss
Vorlage: 013/1401/XVII/2022

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke berichtete, dass die Coronaschutzverordnung bis zum 23.06.2022 verlängert werde. Zudem habe die Stiko gestern eine Impfempfehlung für Kinder von 5-11 Jahren ohne Vorerkrankungen ausgesprochen. Das Impfzentrum habe in der 18. KW dennoch lediglich 588 Impfungen durchgeführt, weshalb die Öffnungszeiten des Impfzentrums weiter reduziert würden. Die Kapazitäten könnten bei Bedarf, bspw. einer vierten Impfung für alle, wieder hochgefahren werden. Das Personal im Impfzentrum sei zwischenzeitlich mit der Sortierung der Fragebögen beschäftigt. Darüber hinaus werde der Kreis das Testzentrum an der Hammer Landstr. Zum 31.05.2022 schließen. Für Hotspots in Einrichtungen seien weiterhin mobile Testteams verfügbar. Die übrigen Testungen würden von den niedergelassenen Ärzten durchgeführt. Die Entwicklungen im Herbst dieses Jahres müssten abgewartet werden.

Kreistagsabgeordnete Doris Hugo-Wissemann erkundigte sich nach der Corona-Impfsituation bei den ukrainischen Flüchtlingen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass bereits viele Flüchtlinge mit auch in Deutschland anerkannten Impfstoffen geimpft seien. Bei der Pflichtimpfung gegen Masern für die Kinder konnten viele Impfungen durchgeführt werden (s. **Anlage**). Es müsse nun geschaut werden, dass die Flüchtlinge die sprachlichen Voraussetzungen für einen Einstieg in den Beruf erlangen. Dem Protokoll werde eine anonymisierte Übersicht zu den bei der Ersterfassung angegebenen Berufen der Flüchtlinge beigelegt (s. **Anlage**).

9. Tischvorlage: Beschlussvorlage Förderprogramm Vereine Ukraine Flüchtlinge
Vorlage: 52/1420/XVII/2022

KA/20220525/Ö9

Beschluss:

Der Kreisausschuss folgt der Empfehlung des Sportausschusses und beschließt, dass aus dem Haushalt für Aufwendungen in Zusammenhang mit der Ukrainekrise ein Betrag in Höhe von 10.000 € zur Unterstützung von Initiativen der Sportvereine im Zusammenhang mit der Ukrainekrise als Billigkeitsleistung bereitgestellt wird. Die Umsetzung erfolgt durch das von der Verwaltung im Sportausschuss vorgelegte Förderprogramm.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10. Anträge

10.1. Antrag der Fraktionen von SPD/Bündnis 90/Die Grünen „Verwendung von klimafreundlicherem Beton etablieren“

Vorlage: VI/1388/XVII/2022

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Hans Christian Markert erläuterte den Antrag. Sollte das Thema aktuell noch nicht bewertet werden können, schlage seine Fraktion vor, den Antrag im nächsten Kreistag wieder aufzurufen.

Kreistagsabgeordneter Sven Ladeck kritisierte das im Antrag entgegengebrachte Misstrauen gegenüber der Verwaltung und führte an, dass der Rhein-Kreis Neuss bei der Reduzierung von CO₂ bereits gut aufgestellt sei. Als Beispiele dafür würden der Fensteraustausch an der Mosaikschule, des Norbert Gymnasiums und aktuell des BBZs Weingartstraße, die Sanierung der Fassade und des Dachs des BBZs Dormagen, sowie die Installation von Photovoltaikanlagen an der Michael-Ende Schule in Neuss und aktuell am Gesundheitsamt in Grevenbroich dienen. Bei dem Antrag fehle der Bezug zur Gesamtkonzeption, mit dessen Entwicklung die Klimamanagerin beauftragt wurde. Deswegen werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt ergänzte, dass die Ablehnung des Antrages nicht erfolge, weil keine Notwendigkeit zur Reduzierung der Treibhausgase in der Zementindustrie gesehen werde, sondern, weil im Kreis begrenzte Mittel zur Verfügung stehen, die effektiv genutzt werden sollten. Die Zementindustrie sei Teil des Europäischen Emissionshandels. Damit unterliege die Zementindustrie der Verpflichtung für die Treibhausgase ein Emissionszertifikat vorzuhalten. Die Emissionszertifikate seien handelbar. Ziel des Handels sei es mit marktwirtschaftlichen Instrumenten zu versuchen, das Ziel der CO₂-Emissionen möglichst effektiv umzusetzen. Bis 2030 solle eine Reduzierung dieser Zertifikate stattfinden. Würde mit dem Antrag die Zementindustrie in diesem Bereich unterstützt, führe dies zum Freiwerden von Zertifikaten, die dementsprechend veräußert werden könnten. Folglich könnten andere Gewerke mit diesen Emissionen arbeiten. Bei einer zusätzlichen Subventionierung durch den Kreis würde keine kurzfristige Reduzierung der CO₂-Bilanz der Zementindustrie erfolgen. Seine Fraktion plädiere deswegen dazu, das Gesamtkonzept der Klimamanagerin abzuwarten.

Auch der Rhein-Kreis Neuss sei verpflichtet im Gebäudesektor bis 2030 zwei Drittel des CO₂-Ausstoßes einzusparen, so Kreistagsabgeordnete Doris Hugo-Wisseemann. Die Verwendung klimafreundlichen Betons biete eine einfache Möglichkeit einen großen Anteil des CO₂-Ausstoßes einzusparen. Sie plädierte dafür, das Angebot der Verwaltung anzunehmen und mit weiteren Zahlen und Daten in einem der kommenden Ausschüsse darüber zu beraten, anstelle den Antrag vorher abzulehnen.

Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen merkte an, die Ressourcen des Kreises seien begrenzt und auch das Personal sei durch die Corona- und Ukraine-Krise stark gebunden. Seiner Fraktion nach, sollte auf Maßnahmen mit großem Effekt gebaut werden und ein großer Effekt sei, mit Blick auf den Zertifikatehandel, nicht zu erwarten. Für das Gesamtkonzept der Klimamanagerin könne das Thema zur Prüfung gegeben werden, aber seine Fraktion lehnt den Antrag ab.

Kreistagsabgeordneter Hans Christian Markert erklärte, dass für ihn die Angabe eines Standards in einer Ausschreibung nicht im Zusammenhang mit personellem Mehraufwand stehe. Des Weiteren sei es bemerkenswert, dass die Fraktionen von CDU und FDP eine schnelle Abstimmung herbeiführen wollen. Es gebe Unternehmen im Rhein-Kreis Neuss, die für die Etablierung des Produktes sprechen. Es sei irritierend, ein Produkt abzulehnen, dass von der Industrie als Maßnahme für den Klimaschutz unterstützt werde. Neben dem Klimaaspekt habe der Beton noch den Recyclingaspekt als Vorteil. Das Zertifikat könne auch nur für die CO₂-Reduzierung oder nur für den Recyclingaspekt erworben werden. Das Urteil des Obergerichtes aus der vorletzten Woche sollte ernst genommen und entsprechende Schlüsse daraus geschlossen werden. Der Antrag sei ein zusätzlicher Vorschlag zu den mit dem Haushalt bereits verabschiedeten und von nahezu allen Fraktionen eingebrachten Klimamaßnahmen. Seine Fraktion sei auch bereit den Antrag heute zurückzuziehen und im Rahmen eines Gesamtkonzeptes im Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss neu aufzugreifen. Damit hätte auch die Klimamanagerin Zeit, sich mit dem Thema zu befassen.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch plädierte dafür den Antrag nicht abzulehnen, wies jedoch darauf hin, dass sich nicht in Einzelmaßnahmen verrannt werden sollte. Für den Rhein-Kreis Neuss und seine Immobilien werde eine CO₂-Bilanz benötigt, aus der Schlussfolgerungen über die weitere Vorgehensweise gezogen werden können. Die Ergebnisse sollten in einem Gesamtkonzept aufgegriffen werden, um die zukünftigen Standards im Rhein-Kreis Neuss festzulegen. Der Antrag sollte als Arbeitsmaterial für das Gesamtkonzept betrachtet werden und in den Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss zur Fachberatung gegeben werden.

Es werde keine schnelle Abstimmung beabsichtigt, so Kreistagsabgeordneter Sven La-deck, sondern die Fraktion erklärt ihr Verhalten zu einem für diese Sitzung gestellten Antrag. Über den Antrag sei vorab nicht interfraktionell beraten worden, sodass die Begründung zum Umgang mit dem Antrag nicht als Herbeiführen einer schnellen Abstimmung zu werten sei. Des Weiteren merkte er an, dass nicht die Umschreibung der Ausschreibung, sondern das Unterlegen mit Zahlen und Daten und Umschauen auf dem Markt Personalressourcen bindet. Die Fraktionen CDU, FDP und UWG/FW RKN/Zentrum hätten deutlich gemacht, dass der Antrag im Gesamtkonzept zu sehen sei.

Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen führte ebenfalls an, dass nicht die Ausschreibung, sondern die Aufarbeitung des Themas, den Mehraufwand darstellen würde. Sollte die Klimamanagerin anderer Auffassung sein und das Thema als effektives Mittel bewerten, werde dies sicherlich im Gesamtkonzept berücksichtigt.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte, es gebe den Recyclingbeton nicht in der benötigten Menge. Zudem sei die Tragfähigkeit bei diesem Beton in Deutschland nicht so gegeben wie im restlichen Europa, sodass er nicht überall verwendet werden kann. Seiner Meinung nach, handele es sich um einen Showantrag.

Der Vorschlag der Verwaltung, den Antrag mit weiteren Zahlen und Daten im nächsten Fachausschuss zu behandeln, sei durchaus sinnvoll, meinte Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel. Aufgrund der fehlenden Mehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Kreisausschuss sei ein Zurückziehen des Antrages dienlich, um abzuwarten, wie die Verwaltung das Thema nach weiteren Recherchen bewertet.

Landrat Hans-Jürgen Petruschke stellte klar, dass zunächst jeder Antrag und auch jede Ausschreibung, die angepasst werden muss, in der Verwaltung Personalressour-

cen bindet. Vor weniger als zwei Monaten sei der Haushalt mit einer Vielzahl von Klimamaßnahmen und der Erstellung eines Klimakonzeptes verabschiedet worden. Wenn der Antrag im Rahmen des Gesamtkonzeptes behandelt werden solle, unterscheidet er sich nicht von dem mit dem Haushalt verabschiedeten Beschluss zur Erstellung des Gesamtkonzeptes. Er erinnerte daran, dass die Errichtung von Photovoltaikanlagen vor ein paar Jahren aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt worden sei. Zwischenzeitlich wurde die Sachlage neu bewertet und die Verwaltung werde auch zu dem Thema die Situation beobachten und gegebenenfalls neu bewerten.

Kreistagsabgeordneter Hans Christian Markert führte aus, dass Beton in Deutschland in Klassifizierungen aufgeteilt werde. Die Hauptanforderungen seien beim Recyclingbeton genauso wie beim Ursprungsbeton zu erfüllen. Des Weiteren würden die Vermeidungskosten bei klimafreundlichem Beton bei 0,09 Cent/Kg CO₂ liegen, die Vermeidungskosten für eine CO₂-konforme Dämmung hingegen bei 150 €/Kg CO₂. Daran lasse sich erkennen, dass auch ein großer finanzieller Effekt erzielt werden kann. Man sollte sich davor nicht verschließen, da beim Klimaschutz immer dazugelernt werden kann.

Abschließend erklärte er für die antragstellenden Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag zurückzuziehen und schlug vor, den Antrag im Planungs-, Klimaschutz und Umweltausschuss am 18.08.2022 zu diskutieren und in das Klimagesamtkonzept einfließen zu lassen.

Kreistagsabgeordneter Elias Ackburally regte an, eine einvernehmliche überparteiliche Lösung zu finden, um das Thema im Gesamtkonzept und im Sinne des Klimaschutzes einzubringen.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt stellte klar, dass die Kreistagsfraktionen CDU, FDP und UWG/FW RKN/Zentrum hinterfragen, ob der zertifizierte Beton für 10€/t aus Kreismitteln subventioniert werden sollte. Durch den Europäischen Emissionshandel führe die Subvention nicht unmittelbar zu einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.

Kreistagsabgeordneter Hans Christian Markert stellte klar, dass es sich nicht um 10€/t für den klimafreundlichen Beton handele, sondern der Betrag sich aus 5€/t für den klimafreundlichen und 5€/t für den zertifizierten Beton zusammensetze.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke fasste zusammen, dass die Thematik in einer der kommenden Sitzungen des Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschusses aufgegriffen und im gesamten Projekt Klimaschutz bewertet werden.

11. Mitteilungen

Protokoll:

Es lagen keine Mitteilungen vor.

12. Anfragen

12.1. Tischvorlage: Anfrage der Fraktionen von CDU, FDP UWG/Freie Wähler-Zentrum "Aktueller Sachstandsbericht zur Situation des Naturdenkmals Liedberger Haag" Vorlage: 68/1428/XVII/2022

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Sven Ladeck bat die Verwaltung, zusammen mit der Stadt Korschenbroich, eine kreative Lösung im Hinblick auf die Gesamtproblematik zu finden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte, dass der Kreis sich im Gespräch mit der örtlichen Ordnungsbehörde befinde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:02 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Janine Conrads
Schriftführung